

Ernst Hillebrand

Die Grenzen des skandinavischen Modells

Warum wählen die skandinavischen Wähler die Konservativen, wenn sie doch auch die beste Sozialdemokratie der Welt an der Regierung haben könnten? Die Antwort auf diese Frage ist nicht ganz uninteressant auch für den Rest der europäischen Linken. Wenn die skandinavischen Sozialdemokraten keine Wahlen mehr gewinnen können – wer dann?

Ernst Hillebrand

(* 1959) ist Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ernst.Hillebrand@fesparis.org



Erfolgreich scheitern: In ganz Europa orientiert sich die linke Mitte am erfolgreichsten Modell sozialdemokratischer Regierungspraxis weltweit, dem »skandi-

navischen Modell«. Hohe soziale Sicherheit kombiniert mit hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit, hohe Frauenerwerbsquote bei hoher Geburtenrate, exzellente PISA-Ergebnisse und hohe soziale Mobilität: Wer, bitteschön, bietet mehr?

Und trotzdem: Auch in Skandinavien, wie im Rest Europas, verlieren Sozialdemokraten in den letzten Jahren Wahlen. Nur noch in Norwegen stellen sie den Regierungschef; in Finnland sind sie Juniorpartner einer Großen Koalition, in Schweden und Dänemark sind sie in der Opposition.

Auf einer Konferenz in Paris, durchgeführt von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* und der *Fondation Jean-Jaurès*, versuchten Politiker und Wissenschaftler aus Schweden, Dänemark und Finnland zu erklären, was in den letzten Jahren für die Sozialdemokratie Nordeuropas falsch gelaufen ist. Bei allen Unterschieden in der Lage in den einzelnen Ländern schälten sich im Laufe der Diskussion doch einige Kernthemen heraus. »Macht«, so hatte der frühere französische Innenminister Charles Pasqua einmal sehr schön bemerkt, »verbraucht den, der sie nicht hat«. Manchmal aber, so scheint es, auch den, der sie hat.

Die Macht und ihre Ausübung – inhaltlich und im Stil – war das zentrale Thema der Beiträge und Debatten. Makroökonomisch erfolgreich und weitgehend unumgänglich, um die Länder Skandinaviens aus einer tiefen Krise ihrer Wirtschaften und Sozialsysteme zu führen, hat sich die sozialdemokratische Reformpolitik der 90er Jahre und der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts politisch als Langzeitgift erwiesen. Als »*crisis-fixing technocrats*« hätten sich die Sozialdemokraten positioniert, ohne Gespür und Interesse für die spezifischen Auswirkungen der Politik auf ihre Stammwählerschichten. Weit weg von den Alltagsorgen, von den Dingen, »über die Menschen am Küchentisch reden«, hätten sie Politik betrieben.

Die Versäumnisse der skandinavischen Sozialdemokraten

Über was aber reden die Leute in Stockholm, Malmö und Kopenhagen nun am Küchentisch? Mindestens vier Themen haben die Sozialdemokraten im Norden, so scheint es, verschlafen:

Erstens die Angst vor der Globalisierung und deren Folgen, auch in Ländern, denen Freihandel und globale Wirtschaftsorientierung gleichsam in den ökonomischen Genen liegen.

Zweitens die Fehlentwicklungen des Sozialstaats, die Inflation der Ansprüche und der Inanspruchnahme bei gleichzeitiger Erosion der Qualität der öffentlichen Infrastruktur. Als die Konservativen ihre Kritik daran eröffneten, hatten die Sozialdemokraten nicht viel zu erwidern. Zu lange waren sie unwillig gewesen, eine zumindest wahrgenommene Missbrauchskultur zu bekämpfen. Sozialstaatsarrangements und hohe Steuerquoten wie in Skandinavien basieren aber auf einem zentralen Faktor: Vertrauen in das ordentliche Funktionieren des Systems. Und dieses Vertrauen in das System hatte gelitten – und damit das Vertrauen in die Sozialdemokraten als Garanten eines gerechten Sozialstaats.

Drittens das Thema Immigration. In Dänemark und Schweden weigerten die Sozialdemokraten sich viel zu lange, die damit verbundenen Probleme ernst zu nehmen. Erst bemächtigten sich Rechtspopulisten, dann der konservative Mainstream des Themas, mit erheblichen Folgen für die Sozialdemokratie. Die Wähler der Rechtspopulisten, »geringer qualifizierte Männer«, seien historisch in erster Linie »unserer Wähler«, wurde festgestellt. Nun sind sie es nicht mehr, und die Rechtspopulisten werden so schnell nicht verschwinden.

Schließlich eine wachsende Europaskepsis: Eine auf Europa abgestellte Wahlkampagne würde heute, so einer der schwedischen Politiker, in einem »Desaster« enden. Wobei die skandinavische Europaskepsis spezieller Natur ist: Sie wurzelt nicht in wirtschaftlichen Ängsten. Die Skandinavier lieben den Binnenmarkt, gerne auch mit 27, und die Abschaffung der Handelsbarrieren in Europa. Sie basiert vielmehr auf der Wahrnehmung, dass Europa beginnt, sich in die bestehenden Sozialstaatsarrangements einzumischen, das »skandinavische Modell« selbst anzugreifen. Es beginnt sich auch für die Mustersozialdemokraten im Norden zu rächen, dass sie das europäische Projekt viel zu lange als scheinbar entpolitisierten Selbstzweck betrieben haben. Und

tatenlos zusahen, wie sich der EU-Apparat zur Vollzugsinstanz einer Deregulierungs- und Liberalisierungsideologie entwickelte, die in den wenigsten Ländern an den Wahlurnen direkt durchzusetzen gewesen wäre.

Konservatives Bekenntnis zum Sozialstaat

Zu den eigenen Fehlern kam in den letzten Jahren ein neues Problem: Skandinaviens Konservative haben früher und intensiver als anderswo begriffen, dass der Sozialstaatsgedanke tief in den westeuropäischen Gesellschaften verwurzelt ist. In *Who runs this place?*, Anthony Sampsons Klassiker zur politischen Soziologie Großbritanniens, wird im Kapitel zu *New Labour* ein frustrierter Konservativer zitiert: »*We've stolen lots of Labour's clothes in the past. But now they've stolen all our clothes*«. Heute geht es den skandinavischen Sozialdemokraten wie damals den britischen *Tories*. Als die skandinavischen Konservativen begannen, sich wieder zum Sozialstaat zu bekennen, wurde es eng für die »*crisis fixing technocrats*«. Nicht zuletzt deshalb, weil ihr eigener langjähriger Reformdiskurs es ihnen unmöglich machte, die relativ gemäßigten Reformvorschläge der Bürgerlichen in den Wahlkämpfen glaubwürdig zu kritisieren. Für die Bürger war der Unterschied zu den Konservativen nicht mehr so recht zu erkennen. Und bisher haben die skandinavischen Konservativen den Sozialdemokraten nicht den Gefallen getan, sich nach den Wahlen als wirtschaftsliberale Wölfe im sozialstaatlichen Schafspelz zu entlarven. Die Spielregeln des Sozialmodells werden weitgehend eingehalten.

Was ein Erfolg ist. Der »neoliberale Angriff auf den Wohlfahrtsstaat« wurde, so der Tenor, in Skandinavien für längere Zeit erfolgreich abgewehrt. Dieser »historische Sieg« wurde möglich, weil sich, trotz sich verändernder gesellschaftlicher Bedingungen, ein breit aufgestellter Sozial-

staat auch für die steuerzahlenden Mittelschichten als anhaltend attraktiv erwiesen hat. Gesellschaftliche Individualisierungsprozesse haben in Skandinavien ebenso statt gefunden wie woanders. Aber sie haben nicht zu einer kompletten Entsolidarisierung geführt, sondern zu einer Gesellschaft »solidarischer Individualisten«, die sehr wohl wissen, was sie an den Dienstleistungen eines funktionierenden Wohlfahrtsstaats haben.

Langzeitfolgen technokratischer Reformpolitik

Das ist erfreulich, hilft aber den Sozialdemokraten im Moment nicht wirklich weiter. Sie können auf Fehler der Konservativen hoffen, auf Kommunikationspannen und moralische Fehlritte, wie in Schweden und auf die Abnutzung durch die Zeit. Aber strukturell erscheint die Situation genauso schwierig wie im Rest Europas. Zu glauben, so ein Teilnehmer, dass die Niederlagen der letzten Jahre allein einer falschen Kommunikation geschuldet seien, wäre verhängnisvoll. Das wahre Problem sei die Entfernung von den Interessen und Sorgen der Wähler, die Entfremdung der Politik von ihrem Milieu.

Hierin unterscheidet sich die Situation der skandinavischen Sozialdemokratie kaum von der anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa. Ein paar Fragen wird wohl auch die skandinavische Sozialdemokratie in Zukunft anders als in den letzten zwanzig Jahren beantworten müssen. Am bittersten ist aber – wenn sie denn stimmt – die Einschätzung der Langzeitfolgen von technokratischer Reformpolitik. Sollte es tatsächlich wahr sein, dass sich technokratisch betriebene Modernisierungspolitik – auch wo sie erfolgreich ist – über so lange Zeit in Akzeptanzproblemen und Glaubwürdigkeitsverlust niederschlägt, dann bedeutet das für die *Agenda-SPD* nichts Gutes.